

Grußwort der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Klaus Südhofer, stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Im Namen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie danke ich Ihnen herzlich für die Möglichkeit, heute ein Grußwort an Sie richten zu dürfen. Und ich sage dies ganz besonders im Namen von Hubertus Schmoltdt, an den Ihre Einladung gerichtet war. Leider kann er aus gesundheitlichen Gründen heute nicht hier sein. Er hat mich gebeten, Ihnen sein Bedauern zu übermitteln.

Es ist schon etwas Besonderes, wenn ein Gewerkschaftsvertreter eingeladen wird, um auf einem Großen Steinkohlentag zu sprechen. Für Kenner des Steinkohlenbergbaus ist dies allerdings weitaus weniger spektakulär, ist doch Sozialpartnerschaft für uns kein Fremdwort. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um zum Ausdruck zu bringen, dass die Zusammenarbeit mit dem Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus in den letzten Jahren stets konstruktiv war. Hierfür möchten wir stellvertretend

Herrn Wolfgang Reichel als geschäftsführendem Vorstand und natürlich Herrn Dr. Müller danken.

Grußworte sollen im Allgemeinen eine kurze Ansprache an die geladenen Gäste sein. Häufig werden sie auch dazu genutzt, den Anwesenden etwas mit auf den Weg zu geben. Insbesondere dann, wenn der Bundeskanzler zu Gast ist, ist es eine Verpflichtung, essenzielle Fragestellungen des Steinkohlenbergbaus anzusprechen.

Energiepolitik birgt Konfliktpotenzial

Kaum ein anderes Thema bringt ein derartiges Konfliktpotenzial mit sich wie das der Energiepolitik. Die nunmehr abgeschlossenen Auseinandersetzungen um die Förderung erneuerbarer Energieträger machten dies mehr als deutlich. Das öffentliche Bild wurde nach unserer Einschätzung mehr durch die Protagonisten der einen oder anderen ökologischen Leitidee geprägt als von einer Analyse und Bestandsaufnahme der politischen Notwendigkeiten und der Mittel, welche die politischen Ziele am besten realisieren können. Es ist völlig unbestritten, dass erneuerbare Energieträger langfristig einen höheren Anteil an der Energieversorgung einnehmen müssen als das heute der Fall ist. Diese Erkenntnis stammt nicht erst von der rot-grünen Bundesregierung. Lediglich die Wahl der Instrumente und der Dosierung gab vielfältigen Anlass zur Auseinandersetzung. Es geht also gar nicht um die Fragestellung



„erneuerbare Energieträger oder konventionelle Energieträger“, sondern es geht um einen wirtschaftlich verantwortlichen und sozialverträglichen Weg, erneuerbare Energieträger zu fördern.

Bundeskanzler Schröder und der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement haben stets dafür gesorgt, dass dieses Ziel nicht aus den Augen verloren wurde. Wir, die IG BCE, haben uns in diese Auseinandersetzung eingemischt, weil wir dies im Interesse des Industriestandorts Deutschland und damit auch für die von uns vertretenen Beschäftigten tun mussten. Wir sind äußerst dankbar, dass unsere konstruktiven Verbesserungsvorschläge stets auf Verständnis bei der Bundesregierung gestoßen sind.

Wir glauben, dass die jetzt erfolgte Einigung über eine Neuausrichtung des Erneuerbaren Energien Gesetzes ein wichtiges Signal zur Schaffung von mehr Planungssicherheit in der Energiewirtschaft ist.

Emissionshandel

Ein ungleich schwierigeres Thema ist der Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen. Für den Stein- und Braunkohlenbergbau ist diese Frage existenzentscheidend. Wenn wir auf den ersten Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2001 zurückblicken, dann können wir anerkennend feststellen, dass viele kritische Punkte ausgeräumt werden konnten. Es liegt nun in unserer Hand, auf dem Gesetzesweg eine verlässliche nationale Umsetzung vorzunehmen.

Entscheidend für uns sind hierbei insbesondere zwei Punkte:

⇨ Zum einen geht es um unsere Zukunft, um Wohlstand, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit und zwar der gesamten Volkswirtschaft. Deshalb müssen die zentralen Fragestellungen politisch entschieden werden und nicht vom zuständigen Fachminister auf dem Verordnungsweg.

⇨ Unser zweiter Punkt ist, dass der Emissionshandel zu einem wirklich effizienten Instrument ausgestaltet werden muss. Er soll dem Umweltschutz dienen und zugleich einen Anreiz für Produktion und Wertschöpfung in unserem Land geben. Deshalb müssen wir alle Ansätze vermeiden, welche die Unternehmen auch nur auf die Idee bringen könnten, nur Handel mit Zertifikaten zu betreiben und Stilllegungsprämien für Betriebe der Energie- und Rohstoffwirtschaft und energieintensiver Industrien zu kassieren.

Angesichts des persönlichen Einsatzes des Bundeskanzlers für eine Umweltpolitik mit Augenmaß sind wir zuversichtlich, dass auch dieses Thema einer sachgerechten Lösung zugeführt werden kann.

Akzeptanzkampagne

Die Steinkohle machte in den letzten Tagen durch eine Werbekampagne von sich reden. Wir begrüßen sie voll und ganz. Sie ist gut angelegt und kommt auch zeitlich richtig.

Insbesondere ein Motiv bewirkt, dass jeder Betrachter die schreckliche Fratze des Kriegs in

Verbindung mit der Sicherung von Rohstoffquellen sieht. Dieses Bild bringt zugleich zum Ausdruck, dass Krieg kein Instrument zur nachhaltigen Konfliktlösung ist und sein darf. Auch in dieser Frage sehen wir uns im größten Einklang mit der von Gerhard Schröder geführten Bundesregierung.

Der Kohlekompromiss von 1997 reicht bis zum Jahr 2005. Es ist die erste Regelung, die vollständig umgesetzt wird – oder, um es mit den Worten des damaligen Bundeswirtschaftsministers Dr. Werner Müller zu sagen: „Das ist die erste Bundesregierung, die kohlepolitische Beschlüsse auf Punkt und Komma umsetzen wird.“ Dies war fürwahr in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit. Ein wesentlicher Teil der „Bugwelle“ an finanziellen Verpflichtungen, die wir heute vor uns herschieben, wurde planmäßig bereits damals angelegt. Sie kann der jetzigen Bundesregierung nicht allein angelastet werden.

Wir waren trotz dieser Vorbelastungen zuversichtlich, dass nur im konstruktiven Dialog und nicht in der harten Auseinandersetzung der Schlüssel für die Anschlussregelung für die Zeit ab dem Jahr 2006 liegt. Dies wurde nach unserem Gespräch beim Bundeskanzler am 15. Juli 2003 überaus deutlich. Eine Fördermenge von 16 Mill. t im Jahr 2012 war zwar nicht unsere Zielzahl, aber es ist das, was im Konsens und eben nicht im Streit angesichts der derzeitigen Haushaltslage für möglich angesehen wurde.

Sozialverträglichkeit

Jetzt geht es um die sozialverträgliche Ausgestaltung der am 15. Juli 2003 bei Bundeskanzler Schröder erreichten Anschlussregelung. Was noch aussteht, ist die zugehörige Finanzierungslinie. Da wir um die Zuverlässigkeit von Bundeskanzler Schröder wissen, sind wir aber absolut sicher, heute hierzu eine Antwort zu erhalten. Entscheidend für uns ist, dass der Sockel von 16 Mill. t im Jahr 2012 sozialverträglich erreicht wird. Zu den besonderen wichtigen Rahmenbedingungen zählt die Verlängerung der Anpassungsgeldregelung – und zwar in einer Form, welche die Erfüllung der Eckdaten vom 15. Juli 2003 sicherstellt.

Sicherlich kann man erwarten, dass auch die Bergbauländer im Vorfeld einer solchen Lösung konstruktive Beiträge beisteuern. Von der saarländischen Landesregierung hören wir, dass sie in Bergwerksstilllegungen größte regionalpolitische Probleme sieht, auch deshalb erwarteten wir heute von Ministerpräsident Müller etwas weniger kritische Töne als das letzte Mal. Von Nordrhein-Westfalen wissen wir, dass die bewährte Zusammenarbeit auch in Zukunft fortgesetzt und das Land seiner Verantwortung für den Steinkohlenbergbau weiter gerecht wird.

Es ist zwar richtig, dass Energiepolitik Bundesangelegenheit ist, richtig ist aber auch, dass Fragestellungen von derart großer Bedeutung nur gemeinsam im Konsens zu lösen sind. Wir vertrauen deshalb voll und ganz der Einigungskraft der Bundesregierung und warten mit Zuversicht auf die Ausführungen unseres Bundeskanzlers.